

Juni 2026

## Positionspapier

# BWO-Handlungsempfehlungen für eine resiliente Stahl-Versorgung der Offshore-Windbranche

Der Bundesverband Windenergie Offshore (BWO) ist die politische Interessenvertretung der Offshore-Wind-Branche in Deutschland. Er bündelt die fachliche Expertise der Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, von den Herstellern über die Entwickler und Betreiber bis hin zu den Dienstleistern der Offshore-Windenergie. Für Politik und Behörden auf Bundes- und Landesebene ist der BWO zentraler Ansprechpartner zu allen Fragen der Windenergie auf See.

Der BWO ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung sowie im europäischen Transparenzregister für die Interessenvertretung gegenüber den EU-Institutionen eingetragen. Bei der Interessenvertretung legt er den anerkannten Verhaltenscodex nach § 5 Absatz 3 Satz 1 LobbyRG, dem Verhaltenscodex nach dem Register der Interessenvertreter (europa.eu), im Sinne einer professionellen und transparenten Tätigkeit zugrunde. Registereintrag national: R000252. Registereintrag europäisch: 296004739705-29

## Executive Summary

Der gesetzlich festgelegte Ausbau der Offshore-Windenergie erfordert eine leistungsfähige industrielle Basis in Deutschland und Europa. Stahl und insbesondere dessen Weiterverarbeitung zu Offshore-spezifischen Großkomponenten wie Monopiles oder Transition Pieces sind hierfür zentral. Stahl ist eine strategische Voraussetzung für den Offshore-Ausbau – und Offshore-Wind zugleich ein bedeutender industrieller Absatzmarkt für die Stahl- und metallverarbeitende Industrie.

Mit seiner leistungsfähigen Stahl- und Weiterverarbeitungsindustrie ist Deutschland besonders gut dafür aufgestellt, den Offshore-Wind-Ausbau als industrielle Chance zu nutzen: Die Stahlindustrie generierte laut Wirtschaftsvereinigung Stahl im Jahr 2024 einen Umsatz in Höhe von 45,3 Milliarden Euro – rund 4 Millionen Arbeitsplätze hängen an stahlintensiven Branchen, 80.000 davon direkt in der Stahlindustrie.

Diese industrielle Basis in Deutschland und Europa ist ein Standort- und Akzeptanzvorteil für den Offshore-Wind-Ausbau. Sie kann Wertschöpfung, Beschäftigung und Versorgungssicherheit entlang der gesamten Lieferkette stärken – von der Stahlproduktion über die Verarbeitung bis zur Fertigung schwerer Offshore-Komponenten.

Aktuell steht die europäische Stahlindustrie allerdings unter erheblichem Wettbewerbsdruck durch globale Überkapazitäten, unterschiedliche regulatorische Rahmenbedingungen und steigende Anforderungen an die Dekarbonisierung. Zugleich haben sich zahlreiche Unternehmen mit ambitionierten Transformations- und Investitionsprogrammen auf den Weg zur klimaneutralen Stahlproduktion gemacht. Verlässliche Leitmärkte für CO<sub>2</sub>-armen Stahl können dazu beitragen, die wirtschaftliche Tragfähigkeit dieser Investitionen abzusichern. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Rohstahlproduktion, sondern auch auf die Weiterverarbeitung zu Offshore-Schlüsselkomponenten – und damit unmittelbar auf die Realisierung von Offshore-Wind-Projekten. Der BWO fordert daher:

### Auf EU-Ebene:

- Konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des "EU Steel & Metals Action Plan": EU-Handelsinstrumente effektiv nutzen und entlang der gesamten Offshore-Wertschöpfungskette, etwa auf Monopiles sowie deren Vorprodukte, wirksam anwenden.
- Weiterentwicklung des CBAM zur Vermeidung von Carbon Leakage und Wettbewerbsverzerrungen bei der Einfuhr, einschließlich der Prüfung einer Ausweitung auf nachgelagerte Produkte.
- Verbindliche und praxistaugliche Systeme zum Herkunftsnachweis, inklusive der „Melt and Pour“-Regelungen und spezifischer Zollcodes für Offshore-Windkomponenten, um einer Umgehung vorzubeugen.

### Auf nationaler Ebene:

- Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Dekarbonisierungsprojekte in der Stahlindustrie.
- Anwendung eines einheitlichen Labels für emissionsarmen Stahl zur Schaffung von Markttransparenz und zur Stärkung sektorenübergreifender Leitmärkte, etwa durch den Low Emission Steel Standard (LESS). Ein solcher Standard ermöglicht es, bei der Beschaffung stahlintensiver Offshore-Komponenten wie Monopiles die CO<sub>2</sub>-Intensität transparent zu berücksichtigen und hat das Potential, die Nachfrage nach emissionsarm produziertem Stahl in Europa gezielt zu stärken.
- Instrumente zur Förderung von Investitionen in emissionsarme Stahlerzeugung (z. B. Klimaschutzverträge, staatliche Unterstützung).

<b>1</b>	<b>AUSGANGSLAGE</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>EU-INSTRUMENTE</b>	<b>4</b>
2.1	HANDELSINSTRUMENTE	4
2.2	CARBON BORDER ADJUSTMENT MECHANISM (CBAM)	4
2.3	INDUSTRIAL ACCELERATOR ACT	5
<b>3</b>	<b>NATIONALE INSTRUMENTE</b>	<b>5</b>
3.1	BÜROKRATIEABBAU	5
3.2	NACHWEISE DER HERKUNFT	5
3.3	FINANZIERUNG UND KOSTENPOLITIK	5
<b>4</b>	<b>FAZIT</b>	<b>6</b>

## 1 Ausgangslage

Die resiliente Umsetzung des gesetzlich festgelegten Ausbaus der Offshore-Windenergie in Deutschland und Europa setzt eine verlässliche, wettbewerbsfähige und in Europa verankerte industrielle Basis voraus. Stahl ist ein zentraler Schlüsselrohstoff – insbesondere für Fundamente und Türme der Anlagen.

Grundsätzlich können Offshore-Wind-Projekte auch unter Einsatz importierter Stahlprodukte realisiert werden. Eine zunehmende Verlagerung von Wertschöpfung und industriellen Kapazitäten in Drittstaaten schwächt jedoch die industrielle Basis in Europa und geht mit steigenden Abhängigkeiten, geringerer Planbarkeit und zusätzlichen Risiken für Lieferketten und Projektumsetzung einher.

Gerät die europäische Stahl- und Weiterverarbeitungskapazität unter Druck, entstehen nicht nur Wettbewerbsnachteile für einzelne Unternehmen, sondern strukturelle Risiken für die industrielle Wertschöpfung, Versorgungssicherheit und den Hochlauf der Offshore-Windenergie in Europa.

Die Branche steht hier vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits wachsen der internationale Wettbewerbsdruck durch preisgünstige Importe aus Drittstaaten, und parallel steigen die Anforderungen an Dekarbonisierung und Nachhaltigkeit innerhalb der EU.

Für die Offshore-Wind-Branche ist dabei nicht allein der kurzfristig niedrigste Preis ausschlaggebend; die Qualität, Planbarkeit und Resilienz der Lieferketten bestimmen die Realisierungsfähigkeit von Projekten ebenso wie die langfristige Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland und Europa.

## 2 EU-Instrumente

### 2.1 Handelsinstrumente

Die neue EU-Stahlmaßnahme (April 2026) ist im Einklang mit zentralen BWO-Forderungen: Feste Einfuhrkontingente, ein höherer Zollsatz außerhalb der Kontingente und durch „Melt and Pour“-Regelungen strengere Herkunftsvorschriften. Hiermit soll eine wirksame Nachfolgeregelung des EU Steel Safeguard geschaffen werden. Der BWO begrüßt diese Ausweitung der Verzollung: Die EU sollte dies effektiv nutzen und ergänzende Maßnahmen prüfen, falls bestehende Instrumente nicht ausreichen.

Ein Risiko bei Zöllen auf kaum bearbeitete Materialien besteht allerdings darin, dass Importeure auf die nächsthöhere Verarbeitungsstufe ausweichen. Dies ist insbesondere für Offshore-Wind relevant, da zentrale Komponenten wie Monopiles oder andere Fundamente importiert werden können, ohne dass europäische Wertschöpfung entsteht.

Um Wettbewerbsverzerrungen wirksam zu begrenzen, unterstützt der BWO eine Ausweitung der neuen EU-Stahlmaßnahmen auf Fundamente. Gleichzeitig gilt: Bereits bezuschlagte Offshore-Wind-Projekte müssen zwingend Bestandsschutz genießen. Eine nachträgliche Anwendung der Regelungen würde Investitionssicherheit untergraben und die Realisierung gefährden.

Darüber hinaus fordert der BWO die konsequente Anwendung von Antidumping- und Anti-Umgehungsinstrumenten auch für Offshore-spezifische Stahlkomponenten wie Fundamente und Türme. (Art. 13 VO 2016/1036).

### 2.2 Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)

Mit seinem vollständigen Inkrafttreten ab 2026 sollte der CBAM so weiterentwickelt werden, dass Wettbewerbsverzerrungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette minimiert werden.

Zur Reduzierung des bürokratischen Mehraufwands sieht der BWO zudem die Anwendung von verbindlichen Standardwerten und -Mechanismen als notwendig für die Berechnung der Emissionen. Wir befürworten die Nutzung von Standardwerten im Rahmen des CBAM, sofern diese realitätsnah ausgestaltet

und regelmäßig – mindestens jährlich – überprüft und angepasst werden. Entscheidend ist, dass die Standardwerte tatsächliche Emissionen angemessen abbilden. Dafür ist eine sachgerechte Berechnung erforderlich, die gegenüber den derzeitigen Ansätzen zu differenzierteren und insgesamt niedrigeren Standardwerten führt. Gleichzeitig ist das Berichtswesen pragmatisch zu gestalten: Dort, wo es sachgerecht und kontrollierbar ist, sollten jährliche Berichtsintervalle anstelle von vierteljährlichen Meldungen eingeführt werden, um administrative Lasten zu verringern. Das entlastet insbesondere mittelständische Zulieferer.

### **2.3 Industrial Accelerator Act**

Der Industrial Accelerator Act der EU sollte ebenfalls weiterentwickelt und harmonisiert in europäischen Auktionsdesigns umgesetzt werden.

Besonders relevant für die Stahlindustrie sind hier klare „made in Europe“-Kriterien, und damit eine Einheitlichkeit mit den „Melt and Pour“-Anforderungen des EU Steel and Metals Action Plan – ohne diese könnten qualitative Kriterien wie der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck auch durch Produkte aus Drittstaaten erfüllt werden.

Ohne eine Verzahnung mit Herkunfts- und Handelsregeln besteht die Gefahr, dass zusätzliche Anforderungen eingeführt werden, ohne die europäische Wertschöpfung tatsächlich zu stärken.

## **3 Nationale Instrumente**

### **3.1 Bürokratieabbau**

Für Dekarbonisierungsprojekte in der Stahlindustrie empfiehlt der BWO die Einführung von nationalen wie EU-weiten Beschleunigungsmechanismen. Einheitliche, transparente Fristen für Genehmigungsverfahren, One-Stop-Shop-Lösungen und verbindliche Zusagen für Netzanschlüsse und Elektroinfrastruktur schaffen die notwendige Investitionssicherheit und reduzieren Planungsrisiken.

Dies ist eine zentrale Voraussetzung für Investitionen in emissionsarme Stahlproduktion und deren Integration in die Offshore-Wertschöpfungskette.

### **3.2 Nachweise der Herkunft**

Zur Sicherung von Qualitäts- und Klimastandards spricht sich der BWO für eine konsequente nationale Umsetzung der neuen „Melt and Pour“-Regelungen durch den Steel and Metals Action Plan aus: Zugang zu Förderungen, Leitmärkten und Ausschreibungen sollte an überprüfbare Herkunfts- und Produktionskriterien geknüpft werden, um faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen. Darüber hinaus empfiehlt der BWO, spezifische Zolltarifnummern für Offshore-Windkomponenten zu etablieren, um unbürokratisch die Herkunft der Komponenten nachverfolgen zu können.

### **3.3 Finanzierung und Kostenpolitik**

Um Produktionskosten emissionsarmer Stahlverfahren zu reduzieren, unterstützt der BWO den befristeten Industriestrompreis für die Stahlindustrie.

Nur wenn emissionsarme Stahlproduktion wirtschaftlich tragfähig ist, kann sie die Offshore-Wind-Branche zuverlässig mit zentralen Komponenten versorgen.

Dies und auch Entlastungen bei Umlagen sind notwendig, um Investitions- und laufende Produktionskosten auf ein wettbewerbsfähiges Level zu senken. Die Förderung langfristiger Power Purchase Agreements und die Priorisierung von erneuerbarer Erzeugung für industrielle Großabnehmer schaffen darüber hinaus verlässliche, planbare Energiebezugsbedingungen für Dekarbonisierungsprojekte.

Außerdem spricht sich der BWO für eine Weiterverfolgung und den Ausbau von Klimaschutzverträgen aus, um projektbezogene Planungssicherheit zu erhöhen. Öffentliche Mitfinanzierung für erste kommerzielle Anlagen, Risikoteilung durch zinsgünstige Kredite und gezielte Zuschüsse sowie steuerliche Anreize und Abschreibungserleichterungen für Umrüstungen und emissionsarme Anlagen sind hier geeignete Instrumente zur Mobilisierung notwendiger Investitionen.

## **4 Fazit**

Für den raschen und resilienten Ausbau der Offshore-Windenergie ist ein abgestimmtes Maßnahmenpaket notwendig, das Handelsschutz, Energiepreise, Finanzierung und Marktgestaltung zusammenführt.

Der gesetzlich festgelegte Ausbau der Offshore-Windenergie erfordert eine leistungsfähige, wettbewerbsfähige und in Europa verankerte industrielle Basis. Stahl und seine Weiterverarbeitung zu Offshore-Schlüsselkomponenten sind hierfür zentral. Industriepolitik für Stahl ist damit zugleich Industriepolitik für die Offshore-Wind-Branche.

Von Seiten der Bundesregierung und EU-Institutionen sollten die genannten Instrumente zügig und koordiniert umgesetzt werden, um Realisierungsrisiken zu reduzieren, Kosten zu stabilisieren und die industrielle Wertschöpfung in Deutschland und Europa zu sichern.

### **Kontakt**

Bundesverband Windenergie Offshore e.V.  
Spreeufer 5  
10178 Berlin  
[info@bwo-offshorewind.de](mailto:info@bwo-offshorewind.de)

Lobbyregister: R000252